



Kurswechsel

Heft 1/2003

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Nachhaltigkeit – zwischen Vereinnahmung und Alternative

Editorial	3
Andreas Novy Eine neue Dynamik der Demokratisierung in Gang setzen	7
Michael R. Krätke Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte	14
Silvia Angelo, Christa Schlager, Gertraud Lunzer, Nadja Bergmann und Christine Mayrhuber Engendering Budgets – Problemaufriss für Österreich	26
Paul Leduc Browne The Canadian Alternative Federal Budget Project	37
Bernhard Leubolt Das Partizipative Budget – Demokratisierung der Wirtschaftspolitik in Porto Alegre	44
Erik Wesselius Corporate influence over EU economic policy	55
Alessandro Pelizzari Jenseits von Privatisierungspolitik: Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung	61
Ingeborg Wick Perspektiven der Organisierung informeller Arbeit Wie normal ist das Normalarbeitsverhältnis?	71
Wolfgang Greif Plädoyer für ein »Mehr an Mitbestimmung« - national und europäisch	78
Ulrich Brand, Christoph Scherrer Contested Global Governance – Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung	90
Focus on the Global South Strategies for Another Governance	103
Die Autorinnen und Autoren	111

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift Kurswechsel ist das Mitteilungsblatt des Vereins »Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen« mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: »Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.«

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)
A-1015 Wien, Postfach 162
E-mail: beigewum@iname.com
Homepage: <http://www.beigewum.at>, <http://www.kurswechsel.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Große Neugasse 35, Fax: (43) 01/586 80 70-4

Redaktion

Silvia Angelo, Joachim Becker, Nadja Bergmann, Andrea Grisold, Beat Weber

Hefredaktion

Beat Weber

Umschlag

Thomas Kussin

Satzbelichtung

VISCOM Ges. f. Mediendesign GmbH, Wien

Druck

REMAprint, Wien

Bankverbindungen

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H.
Bank Austria AG 684 055 114

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: Kurswechsel
© 2003 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

Preis

Einzelheft	Euro 10,50 (zuzüglich Porto)
Normalabonnement	Euro 29,-
StudentInnenabonnement	Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)
Auslandsabonnement	Euro 36,-

Bestellungen an: Sonderzahl Verlag / Kurswechsel Große Neugasse 35, A-1040 Wien
Fax: (01) 586 80 704
E-Mail: sonderzahl-verlag@chello.at

Die Zeitschrift *Kurswechsel* liegt in folgenden Buchhandlungen auf:

buchhandlung a.punkt – Brigitte Salanda, Fischerstiege 1-7, 1010 Wien
Zentralbuchhandlung, Schulerstraße 1-3, 1010 Wien
Buchhandlung Winter, Landesgerichtstraße 20, 1010 Wien
Buchhandlung Alex Stelzer, Hauptplatz 17, 4020 Linz
Studia Büchershop, Herzog-Sigmund-Ufer 15, 6020 Innsbruck

Die Hefte können darüberhinaus in jeder Buchhandlung bestellt werden.

Editorial

Entgegen der vielfach vorgebrachten These von der zunehmenden Machtlosigkeit der Wirtschaftspolitik läßt sich heute tagtäglich beobachten, wie diese ein zentrales Instrument zur Durchsetzung von Umstrukturierungen ist, die zu einer Dynamisierung des Akkumulationsprozesses führen sollen: Straffe Geldpolitik verteuert die Möglichkeit, mit Krediten individuelle und kollektive Flauteperioden zu durchtauchen; restriktive Budgetpolitik beschneidet die Mittel für Finanzierung von Aktivitäten und Personen, die sich damit dem Marktprozess entziehen können; aktive Arbeitsmarktpolitik drängt die Subjekte, sich an die Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen etc.

Der zunehmende Einsatz der Wirtschaftspolitik zur Disziplinierung ist eng verknüpft mit einem institutionellen Trend: Der zunehmenden Entfernung wirtschaftspolitischer Instrumente aus dem unmittelbaren Einflussbereich von Regierungen und Parlamenten, und ihre Delegation an unabhängige ExpertInnen, privatwirtschaftliche AkteurInnen und supranationale Institutionen – Privatisierung von Staatseigentum, Übergang von staatlicher zu Selbstregulierung in diversen Sektoren, Verstärkung der Unabhängigkeit von Zentralbanken und ihre Ansiedlung auf EU-Ebene (EZB), Verankerung von Budgetrestriktionen auf EU-Ebene (Stabilitätsakt), von internationalen Finanzorganisationen entworfene Strukturanpassungsprogramme etc.

Diese Tendenzen sind zweifellos Ausdruck von Interessenspolitik – ein Versuch, wirtschaftspolitische Instrumente dem politischen Prozess und damit dem Einfluss von anderen Bevölkerungsteilen zu entziehen. Insofern sind sie als »Entdemokratisierung« beschreibbar. Die Denunziation der »Entdemokratisierung« ist mittlerweile ein starkes Kampfvokabel gegen die Rhetorik wirtschaftlicher Sachzwänge geworden, die die zeitgenössische wirtschaftspolitische Ordnung beherrscht.

Denn »Demokratie« ist heutzutage in aller Munde – eine Konsensformel, die sowohl in Herrschaftsstrategien (etwa wenn mächtige Staaten ihr Vorgehen gegen schwache Staaten mit deren Mangel an Demokratie rechtfertigen, oder wenn Demonstrationen gegen gewählte Regierungen von diesen als undemokratisch denunziert werden) als auch in Kritik an den Herrschenden von »unten« eine zentrale Rolle spielt. Das gemeinsame Merkmal der Mehrheit dieser Diskurse ist ein sehr enger Demokratiebegriff, was die Form, die Reichweite und die Qualität von Demokratie betrifft: Gemeint ist meist das nationalstaatliche liberale Modell einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie mit periodischen Wahlen. Die meisten Forderungen beziehen sich auf dieses Modell als Norm. Auch die meiste Kritik an der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik hat diese Vorstellungen als Referenzfolie: Gegen die Unabhängigkeit der EZB wird verstärkte Rechen-

schaftspflicht gegenüber Parlamenten eingefordert, gegen den Stabilitätspakt die nationale parlamentarische Budgethoheit. Doch was ging durch diese kritisierten »Entdemokratisierungsschritte« eigentlich tatsächlich verloren?

Schon in den 60er Jahren hat etwa Johannes Agnoli konstatiert, dass es die klassische parlamentarische Demokratie nicht mehr gibt, die Entscheidungsbefugnisse seien längst aus dem Parlament in den engeren Kreis nicht öffentlich tagender Eliten verlegt worden, während das »Volk« zur bloßen Manövriermasse im Konkurrenzstreit politischer Führungsgruppen degradiert werde, die bei allem oberflächlichen Parteienpluralismus sich weitgehend angeglichen haben. Diese seien von VolksvertreterInnen zu AmsträgerInnen des staatlichen Ausgleichs geworden, die nur noch unter sich um die staatliche Macht kämpfen, letztlich bloß eine plurale Fassung einer Einheitspartei bilden. Das Parlament betätige sich nur noch als verfassungsmäßig unumgängliches Instrument zur Veröffentlichung von Beschlüssen, die durch das Zusammenwirken von Staatsapparat und gesellschaftlichen Machtgruppen zustande gekommen sind, fungiere also als Transmissionsriemen der Entscheidungen oligarchischer Gruppen (Agnoli 1995).

Wenn dieser Befund stimmt, ist eine Re-Demokratisierung, die auf eine Wiedereingliederung wirtschaftspolitischer Agenden in den Kompetenzbereich des nationalstaatlichen Parlamentarismus abzielt, keine sehr emanzipatorische Perspektive. Bloß insofern, und das ist zweifellos der Grund für die vonstatten gehende Transformation, als der laufende Ent-Parlamentarisierungsprozess auch ein Prozess der Elitentransformation ist. Eine Transformation, in der die alten Eliten von den RepräsentantInnen der abhängig Arbeitenden weitgehend gesäubert bzw. letztere geschwächt werden.

Nimmt man jedoch »Demokratisierung« im Wortsinn ernst, dann ist es unumgänglich, sich auf weitergehende Vorstellungen zu beziehen. Zentrale Kriterien für die Güte von Demokratie sind ihr Geltungsbereich, die Qualität des demokratischen Prozesses und der Kreis der an ihr Beteiligten.

Was den Geltungsbereich betrifft, ist die weitgehende (und zunehmende) Abschottung des privatwirtschaftlichen Bereichs von demokratischen Verfahren ein zentraler Missstand und auch ein Hindernis für Demokratie in anderen Bereichen. Das gleiche gilt für die Begrenzung von Entscheidungsspielräumen durch das, was Stephen Gill »neoliberalen Konstitutionalismus« genannt hat (demokratisch nur sehr schwach legitimierte internationale Vereinbarungen wie etwa den Stabilitätspakt der EU).

In qualitativer Hinsicht ist Demokratie, die alle vier Jahre Wahlen von ParlamentarierInnen vorsieht, nicht mehr als das untere Limit. Partizipatorische Demokratiemodelle gehen viel weiter und sehen direkte Beteiligung der Menschen an den wirtschaftspolitischen Debatten und Entscheidungsprozessen vor (Pieterse 2001, Schurz 2001). In diesem Kontext wird klar, dass Demokratisierung mehr sein muss als nur die Installierung eines Abstimmungsmodus zur Entscheidungsfindung. Demokratische Beteiligung erfordert soziale Rechte, Informationen, Ressourcen wie Zeit, Bildung und kommunikative Kompetenzen, materielle Absicherung, ausreichend öffentlichen Raum etc. Fragen wie »wer setzt die Agenda?«, der Reversibilität von einmal getroffenen Entscheidungen, Kontrolle der Umsetzung von Entscheidungen, Sicherung von Minderheitenrechten und diverse checks and balances sind unumgänglicher Bestandteil jedes Demokratisierungskonzepts.

Der Kreis der am demokratischen Prozess Beteiligten ist in einer Zeit bedeutender Migrationsströme wieder ein verstärktes Thema. Zur Zeit ist ein beachtlicher Teil der Bevölkerung selbst von elementaren Rechten wie dem Wahlrecht ausgeschlossen.

Wie utopisch ist partizipatorische Demokratie? In gewisser Weise scheinen ihre Denkansätze einen geringfügigen praktischen Niederschlag gefunden zu haben. Die Idee der Bürgerbeteiligung an Projekten der Stadtplanung und neuerdings der lokalen Budgetplanung findet anhaltende Verbreitung und Umsetzung, die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland und Österreich ist schon älter, aber offenbar nicht totzukriegen. An vielen dieser Projekte lässt sich ablesen, dass Demokratisierung zumindest ambivalent ist. Nicht selten dient verstärkte Beteiligung auch der Akzeptanzsicherung. Werden bestehende Herrschaftsverhältnisse und Ungleichheiten im Zugang zu ökonomischen Ressourcen, Gewaltmitteln und Kompetenzen intakt gelassen, kann selektive Beteiligung an bestimmten Entscheidungen schlicht der Erhöhung der Eingriffstiefe von Herrschaft und ihrer Legitimation dienen: Menschen stellen ihre Ideen und Arbeit lieber zur Verfügung, wenn sie sich durch Beteiligung »empowered« fühlen, gleichwohl, wie gering ihr Einfluss auf das Ergebnis ist; Widerstand von wenigen kann mit Berufung auf Mehrheitsentscheidungen umstandsloser vom Tisch gewischt werden (Bernhard 1997, Spehr 2001).

Mit der Demokratisierung ist es also nicht so einfach. Statt ein Synonym für alles Gute und Schöne zu sein, ist ihre emanzipatorische Wirkung kontextabhängig und stets umkämpft. Demokratisierung wirkt wahrscheinlich nur emanzipatorisch, wenn sie Kanäle für Anliegen starker Bewegungen öffnet, als technokratisches Konzept taugt sie nicht.

Jüngste Tendenzen in der Wirtschaftspolitik weisen aber einen dermaßen starken Zug zur Entdemokratisierung auf, dass sich beinahe jegliche Demokratisierungsbestrebung vorerst auf einem emanzipatorischen Pfad befindet. Diese These liegt einer Initiative zugrunde, deren Ergebnis das vorliegende Heft ist: In einer zweijährigen Veranstaltungsreihe haben die Kooperationspartner Attac, BEIGEWUM, Grüne Bildungswerkstatt Wien und Renner Institut Diskussionen und Workshops zum Thema »Demokratisierung der Wirtschaft(spolitik)« veranstaltet, um die Idee der Demokratie in der wirtschaftspolitischen Debatte stark zu machen. Ausgewählte Beiträge aus dieser Reihe sind in dieser Kurswechsel-Nummer versammelt.

P.S.: Dass sich keiner der Beiträge mit den Themen *Geldpolitik und Finanzmärkte* auseinandersetzt, obwohl diese auch Bestandteil der Vortragsreihe waren, liegt daran, dass wir erst unlängst ein Schwerpunktheft (Kurswechsel 3/02) sowie einzelne Beiträge (insbes. Scherz 2001) zu diesem Thema hatten.

Die Redaktion

Literatur

- Agnoli, Johannes (1995): Der Staat des Kapitals, Freiburg
- Bernhard, Claudia (1997): Kritik der historischen Demokratie, in: Schwertfisch. Zeitgeist mit Gräten, Bremen
- Kurswechsel 3/2002: Regulieren oder reguliert werden? Finanzmärkte – letzte Instanz der Wirtschaftspolitik
- Pieterse, Jan Nederveen (2001): Participatory democratization reconceived, Futures 33, 407-422
- Scherz, Viktor (2001): Marginalien zur demokratischen Legitimität der Europäischen Zentralbank, Kurswechsel 3
- Scherz, Viktor (2001): Demokratisierung der Wirtschaftspolitik, Kurswechsel 4
- Spehr, Christoph (2001): Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, www.rosaluxemburg.de/Einzel/Preis/rlspreis.pdf